

klartext

Magazin der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt

Neu aufgestellt

Die neue Landesstruktur der Linkspartei.PDS



In Kürze	3
Titel	
Neu aufgestellt in Sachsen-Anhalt	4
Themen	
Dialog mit der Kirche	6
Westen im Osten	7
Energie und Klima	8
Aus für den blauen Dunst	9
Die Linke und die Europäische Ratspräsidentschaft	10
Termine	11
Rezension	
Täterinnen	12
Sport	
Warnschuss für Lok Leipzig	13
Kolumne	
Vergessenes Land?	14
Satire und Termine	
Abgeordneter v. Aktenrath	15

Liebe Leserinnen und Leser,

■ vielen Dank für Ihre überaus freundliche Resonanz auf die in unserer Winterausgabe gestartete Leserbefragung. Nach dem ersten Dialog mit den Lesern sind wir bestärkt in unserem Tun. Ihr Feedback zu Inhalten, Aussehen und Gestaltung war positiv und zustimmend. Besonders wichtig sind uns die Hinweise und Wünsche zu Themen und Rubriken. Sie interessieren sich besonders für aktuelle Debatten in Gesellschaft und Partei, für Kultur und Geschichte sowie arbeits- und wirtschaftspolitische Themen. Stärkere Berücksichtigung finden sollen nach Ihrer Meinung die Aktivitäten sozialer Verbände und Gewerkschaften. Nicht nur dieser Austausch mit sozialen Akteuren neben der Linkspartei, auch ein Austausch zwischen Magazin und Leser wird stärker als bisher gewünscht. Wir haben viele Leser und Leserinnen, die Akademiker sowie 60 Jahre und aufwärts sind und, die sich überproportional an der Befragung beteiligt haben. Diejenigen, die den klartext lesen, lesen gern und viel mehr – eine oder gar mehrere Tages- und Wochenzeitungen, allen voran das ND sowie die Publikationen der Linkspartei im Bund und Land. Entgegen unserer Erwartungen kamen nur 60 Prozent der Zuschriften von Parteimitgliedern.

Alle, die uns den Fragebogen zurücksendeten, würden die Zeitung auch an Nichtmitglieder weitergeben, »weil sie informativ« und »gut« ist, und weil sich »mehr Menschen durch den klartext informieren sollten«. Die einzige und charmante Absage in diesem Fall geschah mit der Begründung: »... weil ich die Hefte sammle«. Mit dieser Zustimmung im Rücken freuen wir uns auf ein aufregendes 2007 mit Ihnen. Zusammen mit den Mitarbeiterinnen, Mitarbeitern und Ehrenamtlichen in der Linkspartei arbeiten wir weiter an einem besseren Vertrieb unserer Zeitung. An dieser Stelle sei allen gedankt, die für den klartext spenden, schreiben, planen, gestalten, fotografieren, ihn drucken und zustellen, und damit das Erscheinen für den Leser erst möglich machen.

Die Kommunalwahlen und wesentliche Schritte der Parteineubildung stehen vor uns. Wir werden im klartext die Diskussion um Programmatik und politische Zielsetzung der Linken weiterhin führen und möchten mit Ihnen dazu ins Gespräch kommen. Nehmen Sie das nächste Mal zwei klartexte und mehr mit, damit ihn noch mehr Leserinnen und Leser lesen und »sammeln« können. Ihre **Anke Lohmann**

Impressum

klartext

Magazin der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt

Herausgeber: Landesvorstand Linkspartei.PDS

Redaktion: Anke Lohmann (Leitung), Dr. Thomas Drzisga (V.i.S.d.P.), Monika Krüger, Sven Barquet, Matthias Gärtner, Oliver Müller, Dr. Martin Reso, Joachim Spaeth

Druck: Harzdruckerei, Wernigerode

Auflage: 5.300 Exemplare

Preis: Spende

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18. Januar 2007. klartext erscheint einmal im Quartal. Das Magazin ist erhältlich in allen Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt. Für unverlangt eingesandtes Bild- und Textmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich bei Leserbriefen das Recht Sinn wählender Kürzungen ausdrücklich vor. Vervielfältigung, Speicherung und Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Anschrift: Linkspartei.PDS Landesvorstand Sachsen-Anhalt, Redaktion klartext, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg Tel.: 0391 7324840, Fax: 0391 7324848, E-Mail: lgst@dielinkspartei-lsa.de

Urabstimmung ab 30. März 2007

■ Die Linkspartei.PDS und die WASG führen am 24. und 25. März 2007 in Dortmund Bundesparteitage durch. Auf der Tagesordnung stehen die Beratung und Beschlussfassung über die Programmatischen Eckpunkte, die Bundessatzung, die Schiedsordnung, die Bundesfinanzordnung und über den Entwurf des Verschmelzungsvertrages. Im Ergebnis der Bundesparteitage ist eine Urabstimmung als Briefaktion zur Verschmelzung von WASG und Linkspartei.PDS mit folgender Fragestellung vorgesehen:

»Stimmst du dem Entwurf des Verschmelzungsvertrages zwischen WASG und Linkspartei.PDS und damit der Verschmelzung von WASG und Linkspartei.PDS auf der Grundlage der beschlossenen Gründungsdokumente zu?«

Wir rufen alle Mitglieder der Partei auf, an der Urabstimmung teilzunehmen. Wir bitten alle Mitglieder, in der Urabstimmung

mit »Ja« zu stimmen und so die Gründung der Partei **DIE LINKE** möglich zu machen. Gleichzeitig bitten wir die Kreisvorstände der Linkspartei.PDS, die Urabstimmung mit der Auswertung des Dortmunder Parteitages in den Basisorganisationen der Partei zu verbinden. Wir schlagen allen Mitgliedern der Partei vor, die Zeit der Urabstimmung zu nutzen, die Ziele der Partei **DIE LINKE** öffentlich bekannt zu machen und für die Partei Wählerinnen und Wähler sowie neue Mitglieder zu gewinnen. Alle Mitglieder des Landesverbandes erhalten bis 30. März einen Brief mit Erläuterungen zur Urabstimmung, dem Stimmzettel sowie dem Entwurf des Verschmelzungsvertrages. Der beigelegte Rücksendeumschlag ist an die Landesgeschäftsstelle zu schicken, welche die Teilnahme registriert. Die Auszählung des Ergebnisses erfolgt am 19. Mai ab 10.00 Uhr in der Bundesgeschäftsstelle durch die Wahlkommission des Bundesparteitages.

Weiter dran am Mindestlohn

■ Einen gesetzlichen Mindestlohn mit 8 Euro + haben wir noch nicht erreicht. Deswegen haben sich die Linkspartei.PDS und die DGB-Gewerkschaften dafür entschieden, sich auch im Jahr 2007 weiter parlamentarisch und außerparlamentarisch für die Erreichung eines gesetzlichen Mindestlohnes einzusetzen. Das Bündnis Mindestlohn in Sachsen-Anhalt will in seinen Aktionen nicht nachlassen. Wir werden dazu am 14. April 2007, ab 10.00 Uhr, im Gewerkschaftshaus Otto-von-Guericke-Straße in Magdeburg, eine Auftaktkonferenz mit den aktiven Mitgliedern der Bündnisorganisationen durchführen. Wir wollen uns im ersten Teil einen Über-

blick über die unterschiedlichen Mindestlohn- und Kombilohnmodelle verschaffen, dann mit verantwortlichen Bundestagsabgeordneten der Parteien zu ihren Gesetzesvorhaben sprechen und mit Kolleginnen und Kollegen, die im Niedriglohnssektor arbeiten müssen, diskutieren. Im 2. Teil, ab ca. 14.00 Uhr, wollen wir in einer internen Beratung der Mitglieder des Bündnisses über weitere Aktionen im Jahr 2007 nachdenken, neue Ansätze und Formen beraten und Festlegungen treffen. Eine Woche vor der Konferenz werden wir Luftballons aufsteigen lassen, die symbolisieren, dass der Niedriglohn nach oben muss. Diese Aktion wird mit einem

Wettbewerb verbunden sein. Nähere Informationen hierzu wird der Sprecherrat noch geben. Das gemeinsame Engagement, das wir mit allen Beteiligten im vergangenen Jahr erreicht haben, wollen wir noch toppen. Bundesweit, bei der Linkspartei.PDS als auch bei den Gewerkschaften, insbesondere bei ver.di und NGG, sind unsere Aktivitäten mit großer Wertschätzung zur Kenntnis genommen worden. Lasst uns unsere Kräfte bündeln für einen baldigen Erfolg.

|Edeltraud Rogée, Sprecherin im Bündnis Mindestlohn Sachsen-Anhalt

IVVdN und BdA vereinigt

■ Im Januar haben die Delegiertenkonferenzen vom Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener (IVVdN) und dem Bund der Antifaschisten (BdA) in Halle der Verschmelzung zum VdN-BdA zugestimmt. Sachsen-Anhalt ist damit das letzte Bundesland, in dem nunmehr dieser Prozess vollendet ist.

Hauptziel ist es, die Kräfte zu konzentrieren. In einem Grußtelegramm verband der langjährige Vorsitzende des IVVdN und nun Ehrenvorsitzende vom VdN-BdA, Josef Gerats, der aus Krankheitsgründen fehlte, den Vereinigungsprozess mit der Hoffnung, dass sich mehr junge Leute in dem Verband engagieren. Dass das dringend notwendig ist, zeigt sich darin, dass unter den Anwesenden nur noch sechs Verfolgte des Naziregimes und fünf Angehörige von Verfolgten waren. Insgesamt wurden 29 Frauen und Männer in den neuen Vorstand gewählt. Neben Ulrich Freyberg ist Manfred Humprecht neuer gleichberechtigter Vorsitzender des VdN-BdA. Als Hauptaufgaben des Verbandes wurden das Vorgehen gegen den wachsenden Neofaschismus und gegen zunehmende Tendenzen der Geschichtsverfälschung in der Bundesrepublik benannt. Noch im Januar wurde in diesem Zusammenhang eine Unterschriftenkampagne für ein NPD-Verbot gestartet.

|Matthias Gärtner



Rechtsextremismus verbieten?

■ Erneut werden Pro und Contra eines NPD-Verbotsverfahrens abgewogen. Im Landesvorstand und in der Fraktion haben wir uns nach langen, intensiven Diskussionen entschieden, die Frage eines Verbotsverfahrens mit nein zu beantworten, wohl wissend, dass diese Meinung nicht von allen geteilt werden wird.

Betonen möchten wir an dieser Stelle, dass wir die Entscheidung von VdN-BdA uneingeschränkt respektieren, die Unterschriftensammlung für ein Verbotsverfahren einzuleiten. Wir sind uns mit ihnen einig in unserer Ablehnung der rassistischen, neonazistischen, menschenverachtenden Politik der NPD. Und wir stellen nicht die Zielstellung eines NPD-Verbotsverfahrens, z.B. eine Beendigung der Finanzierung der NPD oder die Verhinderung eines Wahlantrittes in Abrede.

Aber löst ein Verbot das Problem in dieser Gesellschaft, das Problem, dass seit Jahrzehnten der Rechtsextremismus in dieser

BRD erstarren kann, ohne dass gesamtgesellschaftliche Konzepte erarbeitet wurden? Wo waren die verantwortlichen Politiker in den Regierungsparteien, als es darum ging, Handlungsstrategien zu entwickeln? Jetzt rufen Innenminister von CDU und SPD nach einem Verbot, ganz nach dem Motto, wir haben gehandelt, das Problem ist erledigt, soll nun die Justiz entscheiden.

Aber wenn Politik versagt kann die Justiz dies alleine nicht richten. Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind ein bundesweites Problem inmitten der Gesellschaft. Mit einem Verbot der NPD wird dieses Problem nicht gelöst, denn rechtes Gedankengut existiert in den Köpfen der Menschen und ist damit nicht verbietbar. Zudem besteht nach wie vor die große Gefahr, dass ein erneutes Verbotsverfahren wieder an der Praxis und Unkontrollierbarkeit des Verfassungsschutzes scheitert, der nicht bereit ist, seine V-Leute aus der NPD abzuziehen.

|Gudrun Tiedge

Rechtspolitische Sprecherin der Fraktion der Linkspartei.PDS



● Standorte der Landes- und Regionalgeschäftsstellen der Linkspartei.PDS

Karte von Sachsen-Anhalt mit Kreisgebietsneuregelung ab 1. Juli 2007

Helle Landkreise bleiben in ihrer Struktur unverändert und haben deshalb keine Kommunalwahlen im April 2007.

Neu aufgestellt in Sachsen-Anhalt

Die Genossinnen und Genossen des Landesverbandes der Linkspartei.PDS haben ihre »Gebietsreform« bereits geschafft. Kräfte und Mittel werden nun in den Regionen Altmark, Anhalt, Magdeburg, Südliches Sachsen-Anhalt und Harz konzentriert. Fünf Regionalgeschäftsstellen und die Landesgeschäftsstelle sind die Anlaufpunkte für Mitglieder, Sympathisanten und Interessierte. In neuer Konstellation, mit größeren Kreisverbänden und neuen Vorständen stehen wir vor den Kommunalwahlen am 22. April 2007. Wir stellen die nun 14 Kreis- und Stadtverbände und die hauptamtlichen Regionalmitarbeiter in der Übersicht vor.

Region Altmark

Regionalmitarbeiter: Günter Rettig

Regionalgeschäftsstelle in Stendal

Anne-Frank-Straße 20, 39576 Stendal
Tel. und Fax: 03931 411150;
Mail: altmark@dielinkspartei-lsa.de

Kreisverband Salzwedel

Kreisvorsitzende: Ruth Rothe

Kreisverband Stendal

Kreisvorsitzender: Werner Schmidt

Region Anhalt

Regionalmitarbeiter: Jürgen Dannenberg

Regionalgeschäftsstelle in Dessau

Karlstraße 4, 06844 Dessau
Tel.: 0340 2508570,
Fax: 0340 2167458,
Mail: anhalt@dielinkspartei-lsa.de

Kreisverband Anhalt-Bitterfeld

Sprecherrat: Norbert Krieg, Klaus Grabarits, Raina Lenze

Stadtverband Dessau-Roßlau

Stadtvorsitzender: Frank Hoffmann
Stellv.: Andreas Schwierz, Harald Bettführ

Kreisverband Wittenberg

Sprecherrat: Uwe Loos, Werner Reckziegel, Martin Jante

Region Harz

Regionalmitarbeiter: Rainer Zühlke

Regionalgeschäftsstelle in Halberstadt

Voigtei 42, 38820 Halberstadt
Tel.: 03941 24395,
Fax: 03941 571564,
Mail: harz@dielinkspartei-lsa.de
und region@linkspartei.pds-harz.de

Kreisverband Harz

Kreisvorsitzender: André Lüderitz,
Stellv.: Ute Tichatzschke, Hans-Jürgen Scholz

Kreisverband Mansfeld-Südharz

Kreisvorsitzender: Klaus Kotzur
Stellv.: Iris Töpsch, Manfred Lünig

Region Magdeburg

Regionalmitarbeiterin: Karin Kruse

Regionalgeschäftsstelle in Magdeburg

Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg
Tel.: 0391 7324960
Fax: 0391 7324848
Mail: region-md@dielinkspartei-lsa.de

Kreisverband Börde

Kreisvorsitzender: Klaus Czernitzki
Stellv.: Gudrun Tiedge, Roswitha Schulz,
Detlef Horstmann

Kreisverband Jerichower Land

Kreisvorsitzender: Harry Czeke
Stellv.: Gabriele Herrmann, Sabine Roszczka

Stadtverband Magdeburg

Stadtvorsitzende: Eva von Angern,
Stellv.: Guido Cracau, Dennis Jannack

Kreisverband Salzland

Kreisvorsitzender: Lothar Boese
Stellv.: Sabine Dirlich, Tobias Pochanke,
Friedrich Schütz, Klaus-Dieter Magenheimer

Region Südliches Sachsen-Anhalt

Regionalmitarbeiter: Siegfried Schulze

Regionalgeschäftsstelle in Merseburg,

Weinberg 5, 06217 Merseburg

Tel.: 03461 213180, Fax: 03461 213190,
Mail: sued-lsa@dielinkspartei-lsa.de

Kreisverband Burgenland

Kreisvorsitzender: Gunter Schneider
Stellv.: Heidelinde Penndorf, Roland Claus

Stadtverband Halle

Stadtvorsitzender: Frank Baier
Stellv.: Henriette Quade

Kreisverband Saalekreis

Kreisvorsitzender: Klaus-Dieter Iffarth
Stellv.: László Müller, Petra Ernst

Auch in den Zuständigkeiten der Landesgeschäftsstelle gibt es Veränderungen.

Hans-Werner Brüning ist auf eigenen Wunsch ausgeschieden und nicht mehr als Regionalmitarbeiter des Landesverbandes tätig. In dieser Funktion ist seit Dezember 2006 **Karin Kruse** Mitarbeiterin für die Region Magdeburg. Das nun nicht mehr mit ihr besetzte KIZ in Magdeburg ist jedoch nicht verwaist. Das Büro für Öffentlichkeitsarbeit hat dort mit **Joachim Spaeth** und **Günter Schwab** eine neue Wirkungsstätte. Damit verlagert sich das KIZ zum Büro für Haupt- und Ehrenamt und zum Arbeitsort für Auszubildende. Das Ladenlokal in der Ebendorfer Straße 3 bleibt damit Kontakt- und Kommunikationsort für Interessierte, Sympathisanten und Mitglieder. Veranstaltungen sind allerdings nur noch eingeschränkt außerhalb der Bürozeiten möglich.

Gunter Schneider ist mit Beginn dieses Jahres in der Freizeitphase der Altersteilzeit. Für die politische Bildung ist zusammengeführt mit dem Bereich Grundsatzfragen **Anke Lohmann** verantwortlich.

Landesgeschäftsstelle

Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt
Ebendorfer Straße 3
39108 Magdeburg
Tel.: 0391 732 48 40
Fax: 0391 732 48 48

Büro für Öffentlichkeitsarbeit

Joachim Spaeth (Pressesprecher)
Tel.: 0391 732 48 45
Günter Schwab (Mitgliederleben/Organisation)
Tel.: 0391 732 49 61

Geschäftsstelle Halle

Anke Lohmann
(Grundsatzfragen und Politische Bildung)
Blumenstraße 16, 06108 Halle
Tel.: 0345 202 55 83
Fax: 0345 202 55 84

Dialog mit der Kirche

„Brauchen wir denn jetzt schon die Kirche, um unsere Politik unter die Leute zu bringen?“

■ So oder ähnlich bin ich gefragt worden, als die Idee die Runde machte, die Denkschrift der Evangelischen Kirche vom Sommer 2006 zur Armut in Deutschland dem Landtag zur Debatte vorzulegen und die Landespolitik aufzufordern, Stellung zu beziehen. Warum denn nicht? – habe ich zurückgefragt. Das könne missverstanden werden – so die erste Reaktion. Weshalb? – habe ich mich gefragt. Ist uns denn auf unserem politischen Weg jemand willkommener als der oder die andere? Können wir auf das Gespräch und vielleicht sogar die gemeinsame Aktion mit Gleich- oder Ähnlichgesinnten verzichten? Oder sind es einfach nur Ressentiments, derer wir uns besser entledigen sollten, weil sie etwas mit alten Vorurteilen aus weniger demokratischen Zeiten zu tun haben?

Die evangelische Kirchenleitung in Sachsen-Anhalt hatte im November vergangenen Jahres die Landtagsfraktion der Linkspartei.PDS zu einem Dialog eingeladen. Erstmals seit 16 Jahren. Die Mitglieder der evangelischen Kirchenleitung zeigten sich hoch kompetent in weltlichen Dingen, einfühlsam für die schwierigen Lebenslagen vieler Familien hierzulande und gut unterrichtet über die politischen

Alternativen der Linkspartei.PDS – einer Partei, mit der sie eine schwierige Vergangenheit teilen, deren Wandel und deren soziales Engagement sie dennoch sehr ernst nehmen. Mit der Denkschrift „Gerechte Teilhabe – Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität“ hat sich die Evangelische Kirche eingemischt in die gesellschaftliche Diskussion über die Verhältnisse, in denen wir leben. Sie präsentiert sich dabei keinesfalls als moralisierende Institution und auch nicht als Missionarin in eigener Sache. Es geht um ihre Sicht auf drängende und zugleich schwierige Fragen unserer Zeit. Und vor allem: es geht um konkrete Vorschläge, es geht um schwierige Spannungsfelder dabei, es geht um konfliktgeladene Fragen und es geht um alles andere als simple und oberflächliche Antworten. Und so ist die Denkschrift allemal wert, gerade von der Politik diskutiert zu werden. Dass dies eine sozialistische Partei auf den Weg bringt, war – zumindest auf kirchlicher Seite – keinesfalls so gewöhnungsbedürftig, wie man vielleicht vermuten mag.

Das Maß der Gemeinsamkeiten ist beachtlich. Wir teilen die tiefe Skepsis, ob die Grundsicherung im deutschen Sozialrecht, der Sozialhilferegelsatz also, tatsächlich armutsfest ist. Die Bekämpfung von Armut ist auch aus Sicht der Kirche bei weitem nicht nur eine Frage der Barmherzigkeit. Hier geht es um notwendige politische Gestaltung, um Fragen der Umverteilung, um Fragen einer gerechten Steuerpolitik. Wir teilen die Kritik daran, dass es stattdessen mit den Reformen der vergangenen Jahre vor allem Leistungsträgern der Gesellschaft möglich gemacht worden ist, sich aus der Verantwortung für die Finanzierung des Sozialstaates zu stehlen. Auch wir halten es für nicht hinnehmbar, dass Schule hierzulande die soziale Herkunft zum Maß der Dinge für den Bildungserfolg von Schülerinnen und Schülern macht.

Natürlich gibt es auch Dinge, bei denen wir schwerlich zueinander finden. Nach evangelischer Überzeugung ist die Ehe die geeignetste Form des Zusammenlebens von Frauen und Männern. Unsere Auffassung ist dagegen, dass alle Lebensformen gleichwertig sind. Wenn Menschen füreinander Verantwortung übernehmen wollen, dann sollen sie in gleicher Weise dabei unterstützt werden. Für uns ist da eher des Menschen Wille sein Himmelreich – um im passenden Bilde zu bleiben. Vor allem aber das Zusammenleben mit Kindern bedarf der gesellschaftlichen Unterstützung – hier sind wir wieder recht nahe beieinander.

Zugegeben: Ich hätte mir hier und da schon eine Position gewünscht, die die Evangelische Kirche deutlicher erkennbar in ihren Standpunkten macht. Aber dass es zwischen den Stühlen manchmal konfliktärmer zugeht, ist ja auch meiner Partei nicht wirklich fremd. Auch hält sich mein Gottvertrauen in Grenzen, was die Umsetzung solcher gesellschaftspolitischer Alternativen angeht. Da halte ich es dann doch lieber mit den weltlichen Mächten. Alles in allem habe ich gelernt: Schon allein der Dialog ist für beide Seiten ein Gewinn, und die eine oder andere gemeinsame Aktion hätte nicht nur Charme, sondern brächte auch mehr Überzeugungskraft und Nachdenklichkeit.

Ob es nun sozialistische Politik oder der Wille Gottes ist, der uns um- und antreibt, allen Menschen eine angemessene Teilhabe am Leben im Diesseits möglich zu machen, das ist vielleicht gar nicht so das Maß der Dinge. Entscheidend ist, was dabei herauskommt – oder herauskommen könnte: neben dem göttlichen Trost, der Einfühlsamkeit und der lebenspraktischen Hilfe für Menschen auch noch konkrete und handfeste politische Alternativen für hier und heute.

Und noch eines so ganz am Rande. Ein Blick in den etwas unpolitischen Teil der Denkschrift verrät: Sie haben es auch nicht so ganz leicht mit ihren Basisgruppen, die Evangelischen. Es geht also den sozialistischen Menschen wie den christlichen Leuten. Brauchen wir also die Kirchen, um unsere Politik unter die Leute zu bringen? Es ist eine vieldeutige Frage, die mehrere Antworten paradoxerweise schon selbst gibt.



Birke Bull

ist sozialpolitische Sprecherin der Fraktion der Linkspartei im Landtag Sachsen-Anhalt.



Westen im Osten

Zur Diskussion der Gründungsdokumente der neuen Linken organisierten die Landesverbände der WASG und der Linkspartei.PDS bundesweit so genannte Regionalkonferenzen. Um besonders zu unterschiedlichen Positionen im Programmwurf ins Gespräch zu kommen, wurden diese Veranstaltungen länder- sowie ost-westübergreifend konzipiert.

■ Mit etwa 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern war die erste Regionalkonferenz der Landesverbände Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Bremen der Linkspartei.PDS und WASG im Februar außerordentlich gut besucht. Das war (nicht nur für mich) um so überraschender, als dass der Termin mit Freitag Nachmittag für Menschen mit langen Anfahrtswegen ungünstig war und im Vorfeld einige Genossen und Kollegen die Terminierung kritisiert haben.

Nach der Begrüßung durch den WASG-Landesvorsitzenden Roland Teichmann sprach der Vorsitzende der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Oskar Lafontaine. In seinem Referat beschäftigte er sich mit Fragen des Friedens, der Umwelt, der Menschenwürde und dem Internationalismus. Er kritisierte den Kapitalismus als System, »das den Krieg in sich trage«, und warnte vor einem Krieg gegen den Iran. Die Linke müsse sich noch intensiver mit den Bewegungen in Lateinamerika auseinandersetzen, wo linke Kandidaturen von Wahlerfolg zu Wahlerfolg zögen. Für die Bewahrung der Umwelt als unabdingbare Voraussetzung der Existenz menschlichen Lebens forderte er zunächst die Verstaatlichung der Stromnetze, um Einfluss auf die Regulierung von Strompreisen und die Stärkung alternativer Energien zu bekommen.

Lafontaine wies darauf hin, dass in der BRD zehn Millionen Menschen in Armut leben würden. Die Linke dürfe das nicht hinnehmen und müsse den Kampf für einen gesetzlichen Mindestlohn, für Bildung, Ausbildung und Grundsicherung weiterführen. Die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben bleibe das Ziel linker Politik. Geld sei genug da: Allein der Börsenumsatz in der BRD betrage jährlich 3,8 Billionen Euro. Er schloss seinen Beitrag

mit den Hinweisen, dass die Eigentums- und Machtfrage aktuell sei, dass die Linke weiterhin für mehr direkte Demokratie streiten solle und unterstrich seine Ausführungen mit der Forderung nach dem Recht auf den politischen Streik.

Rosemarie Hein, Mitglied des Parteivorstands, langjährige Landesvorsitzende in Sachsen-Anhalt und Stadträtin aus Magdeburg hielt das Referat zum Parteineubildungsprozess für den gastgebenden Landesverband. Sie wies darauf hin, dass der Zusammenschluss von WASG und Linkspartei nicht allein der Garant für eine starke Linke sei. Die Linke müsse in gesellschaftliche Gestaltungsprozesse eingreifen und bewege sich im Spannungsfeld zwischen sozialer Gerechtigkeit und individueller Freiheit. Die neue Linke müsse vor allem attraktiv für Menschen außerhalb unseres direkten Umfelds sein. Hier müsse sie als Ansprechpartnerin fungieren. Dazu gehöre auch die Aufarbeitung der eigenen Geschichte, um die Bildung einer emanzipatorischen Linken erreichen zu können. Hein schilderte hier sehr eindringlich die spezifische Erfahrung von ostdeutschen PDS-Mitgliedern, deren demokratisches Sozialismusverständnis aus der politischen und auch biographischen Reflexion im Nachgang von 1989 entstanden ist.

Für Rosemarie Hein sei des Weiteren der Kampf gegen Rechtsextremismus von herausragender Bedeutung. Die Linke müsse eine Antwort auf die Strategie der Rechten erarbeiten, die scheinbar »linke« Themen aufgreifen und missbrauchen.

Sie schloss ihr Referat mit Berichten aus ihren kommunalpolitischen Erfahrungen ab. Hier könne auch durch die Übernahme von Verantwortung viel erreicht werden und hier müsse man lernen, Kompromisse zu machen, und führte hierbei als

Beispiel die Frage der Schließung von Schulstandorten in Magdeburg an. Die Linkspartei.PDS habe hier dem Kompromiss einer Schließung zustimmen müssen, um zu verhindern, dass drei Standorte geschlossen werden müssten. Dieses sei nur erreicht worden, weil die eigene Fraktion Verantwortung übernommen habe.

In einer guten und breit geführten Diskussion mit über 20 Redebeiträgen wurde im Anschluss intensiv über die Fragen von Regierungsbeteiligung und Opposition, Krieg und Frieden, Hartz IV, Grundsicherung, Steuerpolitik, Verstaatlichung, Rekommunalisierung von Eigentum, Programmentwicklung und Satzungsfragen diskutiert.

Deutlich geworden ist, dass Leben in den Parteien ist, dass man miteinander statt übereinander reden konnte und sich zugehört hat. Einigkeit herrschte darin, dass der Parteibildungsprozess nicht mit dem Parteitag am 16. Juni 2007 beendet sein wird, sondern dann die eigentliche Arbeit beginnt. So stehen unter anderem viele Wahlen und die Weiterführung der Programmdiskussion an. Letzteres sollte man meines Erachtens dazu nutzen, es als Chance zu begreifen, eine linkspluralisti-



sche Partei weiter zu entwickeln, deren Politik dazu beitragen kann, die Lebensverhältnisse von Menschen zu verbessern. Hier steht in der Tat die Frage von Regieren und Nichtregieren auf der Agenda. Die Kunst wird sein, die genauen Eckpunkte und Bedingungen zu benennen und ggf. auch Mut zum Widerspruch zu entwickeln. Last but not least, Dank an diejenigen, die für den Rahmen einer interessanten und guten Veranstaltung gesorgt haben und dafür, dass sich alle wohl fühlen konnten – das ist nicht immer eine Selbstverständlichkeit in unseren Reihen!



Patrick Humke ist seit 1996 Mitglied des Rates der Stadt Göttingen und seit Juli 2006 Mitarbeiter für Parteientwicklung in Niedersachsen.

Energie und Klima

Die MIBRAG (Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft mbH mit Sitz in Theißen, Burgenlandkreis) ist in die Schlagzeilen geraten. Das Unternehmen hegt Pläne zur Erschließung von Braunkohlelagerstätten in der Egelner Mulde (Landkreis Aschersleben-Staßfurt) und bei Lützen (Landkreis Weißenfels). Dagegen hat sich derweil massiver Widerstand formiert, der sich insbesondere gegen einen Tagebau in der Egelner Mulde wendet. Ungeachtet ausstehender Entscheidungen seitens der MIBRAG ist eine Bürgerinitiative entstanden, die zuständigen Ausschüsse des Kreistages Aschersleben-Staßfurt lehnten die Pläne bereits einstimmig ab. Die Auseinandersetzungen machen auch um die Linkspartei.PDS keinen Bogen. Die Redaktion klartext bat daher die energiepolitische Sprecherin der Landtagsfraktion Angelika Hunger um eine Positionierung.

■ Erst vor wenigen Tagen wurden wir alle mit dem neuen Bericht des UN-Klimarates IPCC konfrontiert, der sich auf weltweite Beobachtungen und Berechnungen renommierter Forschungseinrichtungen gründet. Er lässt an Deutlichkeit nun wirklich nichts mehr zu wünschen übrig, selbst wenn man sich nur die wichtigsten Ergebnisse ansieht:

- Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Erwärmung der letzten 50 Jahre wesentlich durch anthropogene Treibhausgase (hauptsächlich Kohlendioxid) verursacht worden ist, denn der Kohlendioxid-Gehalt der Luft hat seit 1750 um 35 Prozent bis zum Jahr 2005 zugenommen. Die Zuwachsrate der letzten 10 Jahre ist die größte seit 50 Jahren. Der heutige Wert ist der größte in den letzten 650.000 Jahren.
- Die Erwärmung des Klimasystems ist ohne jeden Zweifel vorhanden. Die globale Oberflächentemperatur ist um 0,74°C gestiegen und elf der letzten zwölf Jahre waren die wärmsten seit Beginn der Aufzeichnungen. Die Temperaturzunahme der letzten 50 Jahre ist doppelt so hoch wie die der letzten 100 Jahre.

- Der Meeresspiegel ist seit 1993 durchschnittlich um etwa 3 mm pro Jahr gestiegen, im 20. Jahrhundert um 17 cm. Davon ist etwas mehr als die Hälfte verursacht durch thermische Ausdehnung des wärmeren Ozeans, etwa 25 Prozent durch Abschmelzen der Gebirgsgletscher und etwa 15 Prozent durch das Abschmelzen der Eisschilde.
- Klimamodelle simulieren zukünftige Entwicklungen in Abhängigkeit von verschiedenen Energienutzungsszenarien. Solche Klimamodelle sagen voraus: Für die letzte Dekade des 21. Jahrhunderts ist der wahrscheinlichste Wert der globalen Erwärmung für das niedrigste Szenario 1,8°C (1,1-2,9°C), und für das höchste Szenario 4,0°C (2,4-6,4°C). Selbst bei einem sofortigen Ende aller Emissionen würde durch die Trägheit des Klimasystems ein weiterer Temperaturanstieg bis zu ca. 0,6°C erfolgen.

Angesichts dieser Zahlen und den daraus ableitbaren Gefahren für eine dauerhaft lebenswert bewohnbare Erde für alle Menschen gibt es für mich keine andere Möglichkeit, als dafür einzutreten, dass

zukünftig möglichst wenig CO₂ in die Atmosphäre gelangt.

Die Linkspartei.PDS hat sich auf Bundesebene ein sehr ehrgeiziges Ziel gesetzt: 2050 sollen in Deutschland zumindest Strom und Wärme aus erneuerbaren Quellen erzeugt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt soll also die Nutzung fossiler Brennstoffe schrittweise immer weiter verringert werden. Damit ist auch für die MIBRAG ein Entwicklungshorizont vorgegeben, in dem für mich die Nutzung der Kohle aus der Egelner Mulde als Brennstoff keinen Platz mehr hat. Schon jetzt liegt in Sachsen-Anhalt der Anteil des Windstroms am Nettostromverbrauch bei gut 34 Prozent und dieser Anteil ist bei der möglichen Steigerung der Leistungsfähigkeit der Anlagen noch weiter zu erhöhen. Die Potenzen des Sonnenstroms sind noch lange nicht erschöpft, auch Wasser und Geothermie können einen noch größeren Beitrag leisten. Nicht zu vergessen ist natürlich auch Biomasse in allen ihren Formen, wobei hier erste Nutzungskonkurrenzen (stoffliche Nutzung, Ernährung) deutlich werden.

Das ehrgeizige Konzept der Linkspartei.PDS und damit ein absehbares Aus für die Braunkohleverstromung kann aber nur aufgehen, wenn wir deutlich mehr Anstrengungen beim Energiesparen unternehmen, das heißt beste Wärmedämmung, modernste Produktionsverfahren, energiesparende Produkte usw. Genau dafür müssen die Unternehmen in Sachsen-Anhalt, aber auch jeder Einzelne noch eine Menge tun, wenn wir darauf bestehen wollen, dass mit der Egelner Mulde sehr sorgsam umgegangen wird, dass beste Ackerböden, Vorrangflächen für Hochwasserschutz und Naturschutzflächen heute nicht mehr zur Energiegewinnung »weggebuddelt« werden müssen.

Wie aber wollen wir mit der Rolle der Kohle als stofflicher Rohstoff umgehen? Das ist sicher für die nächsten Jahre noch keine akute Frage, es wird aber – nicht nur vereinzelt – an entsprechenden Verfahren bzw. ihrer Weiterentwicklung gearbeitet. Auch zu dieser Frage würde ich gerne mit vielen Lesern in eine Diskussion kommen.



Angelika Hunger

ist erreichbar über den klartext und über hunger@pds.lt.lsa-net.de.

Aus für den blauen Dunst

Die Bundesregierung hat es nicht geschafft, ein bundesweites Nichtrauchererschutzgesetz auf den Weg zu bringen, deshalb ist es beachtlich, dass das Ministerium für Gesundheit und Soziales Sachsen-Anhalt am 26.01.07 solch einen Gesetzentwurf eingebracht hat. Dieser stärkt den Schutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern und insbesondere auch den Schutz gesundheitlich besonders gefährdeter Personengruppen, wie Kranke, Kinder, Pflegebedürftige, Menschen mit Behinderungen, und unterstützt in diesem Sinne gleichzeitig den Jugendschutz.

■ Angesichts der immensen Gesundheitsrisiken muss das Selbstbestimmungsrecht der Raucherinnen und Raucher dort seine Grenzen finden, wo andere Menschen durch das passive Mitrauchen gefährdet sind. Es gibt das Recht auf Gesundheit und das muss gewährleistet werden. Dies gilt für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in allen Bereichen, insbesondere am Arbeitsplatz, in öffentlichen Gebäuden, Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. In Deutschland sterben jährlich etwa 3.000 Nichtraucher, die als Passivraucher der schädlichen Wirkung des Tabakrauchens ausgesetzt sind, und es sterben jährlich in Deutschland etwa 60 Säuglinge an den Folgen des passiven Tabakrauchens. Dem müssen wir entgegen treten.

Natürlich gibt es auch in unserer Fraktion eine zwiespältige Meinungslage zu diesem Problem. Einigen geht dieser Gesetzentwurf noch nicht weit genug. Sie sind dafür, dass wir eine Empfehlung an die Bundesregierung aussprechen, die Arbeitsstättenverordnung zu novellieren, weil der § 5 Absatz 2 den Absatz 1 wieder aushebelt und so der Nichtrauchererschutz erheblich eingeschränkt wird. Einige Kolleginnen und Kollegen aus unserer Fraktion sagen, dass das Nichtrauchererschutzgesetz nicht zur Diskriminierung und Ausgrenzung der Raucherinnen und Raucher

führen darf. Um die Persönlichkeitseinschränkung zu begrenzen, sind wir für die Einrichtung von Raucherbereichen, auch im Innenbereich, und für die Einsetzung hochentwickelter Abluftsysteme für eine rauchfreie Innenluft. Andere Kollegen aus unserer Fraktion meinen, Überzeugung ist besser als ein Verbot, und wir sollten mit der Europäischen Kommission mitgehen, die im Mai 2006 eine Imagekampagne für das Nicht-Rauchen Jugendlicher startete. Bei dieser Imagekampagne wird kein Verbot ausgesprochen oder mit dem erhobenen Zeigefinger hantiert – vielmehr wird etwas erlaubt, was Jugendlichen in der Regel nicht gestattet ist: nein zu sagen. Nein zu Drogenmissbrauch und Abhängigkeit, nein zu Gruppenzwang und Uniformität, nein zu Zigaretten und Nikotin. Die Aussage dieser Kampagne ist: »Wirkliche Freiheit ist die Freiheit, nein zu sagen«. Das ist eine Präventionsmaßnahme, welche Kinder und Jugendliche anspricht und genutzt werden sollte.

Landtagsabgeordnete und auch Bundestagsabgeordnete sollten ihre Entscheidung nicht davon abhängig machen, ob sie rauchen oder Nichtraucher sind. Sie müssen ihre gemeinsame Entscheidung über diesen Gesetzentwurf vom Gesundheitsschutz aller abhängig machen, weil nur so das Recht auf Gesundheit aller in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gewährleistet werden kann. Dabei



sollte jedoch berücksichtigt werden, dass Tabakerzeugnisse legale Drogen sind und dass Stoffe, welche die Tabakindustrie den Erzeugnissen beimischt, süchtig machen. Diese Tatsache ist wissenschaftlich unterlegt und bewiesen. In Krankenberichten von Raucherinnen und Rauchern steht oftmals folgender Satz: Verhaltensauffälligkeiten des Patienten durch Nikotinabusus. Abusus bezeichnet den übermäßigen, meist suchtgesteuerten Konsum von Rauschmitteln jeder Art. Deshalb muss das Rauchen als Sucht anerkannt und müssen den Raucherinnen und Rauchern Therapien angeboten werden. Genauso wie andere Suchttherapien sollten diese Therapien von den zuständigen Krankenkassen bezahlt werden. Auch dieser Aspekt sollte in dem Gesetz zur Wahrung des Nichtraucherenschutzes Berücksichtigung finden. Ein gesetzlicher Nichtrauchererschutz muss mit einer zielgerichteten Präventionsarbeit in Schulen und Freizeiteinrichtungen verknüpft werden. Wir sind für einen parallel zur Gesetzesentwicklung zu erarbeitenden Landesaktionsplan zur Suchtprävention.



Heidelinde Penndorf ist gesundheitspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion der Linkspartei.PDS.

Die Linke und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft

■ Seit dem 1. Januar 2007 – ist die Bundesrepublik Deutschland für sechs Monate als EU-Ratspräsident verantwortlich für die konkrete Ausgestaltung des Zusammenlebens der Menschen in den EU-Mitgliedsstaaten und dafür ob und wie die EU und ihre Mitgliedsländer sich der drängenden Probleme in ihren Gesellschaften stellen: Von den Fragen von Krieg und Frieden bis hinunter zur Verantwortung der Kommunen für die Alltagsprobleme der und des Einzelnen. Durch die Erweiterung der EU auf nunmehr 27 Staaten das letzte mal für die nächsten 16 Jahre. Also eine Riesenverantwortung und Chance zugleich.

Die PDS hatte vor 15 Jahren den Vertrag über die Schaffung der Europäischen Union ablehnen müssen weil wir – wie leider bis heute dieser Geburtsfehler dieses Integrationsprojekts bestehen blieb – kritisieren mussten: soziale und demokratische Grundwerte sind ungenügend berücksichtigt, ein wirkliches Zusammengehen der Menschen in Europa wird so nur oberflächlich zustande kommen, viele Probleme werden sich vertiefen und langfristig neue Konfliktlinien hervorrufen. Und wir haben gesagt: Diese Europäische Union wird nur gedeihen, wenn sie wirklich durch die in ihr lebenden Menschen verstanden, angenommen und mitgestaltet werden kann: wenn nicht allein wirtschaftliche Interessen der großen Unternehmen und deren Entwicklungsstrategien im weltweiten Wettbewerb Maßstab der europäischen Integration sind. Deshalb steht die Frage nun erneut sehr deutlich im Raum:

Was erwartet die Linke von der deutschen EU-Ratspräsidentschaft?

Die Bundesregierung muss sich während ihrer Ratspräsidentschaft vor allem davon leiten lassen, die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger in allen EU-Mitgliedsstaaten an allen wichtigen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entscheidungen nicht nur zu verstärken, sondern zu garantieren.

Wir erwarten, dass die Bundesregierung bezüglich der EU-Verfassung akzeptiert, dass die Bürgerinnen und Bürger in

Frankreich und den Niederlanden die Verfassung abgelehnt haben. Daraus abgeleitet muss sie dafür Sorge tragen, dass die Verfassung so überarbeitet wird, dass sie den Wünschen der Menschen in der EU nach einer friedlichen, sozial gerechten, ökologisch nachhaltigen und demokratischen Union entspricht.

Die neoliberale Grundausrichtung von Binnenmarkt und Lissabonstrategie muss aufgegeben und auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet werden. Dazu gehören existenzsichernde, sinnvolle Arbeitsplätze, EU-weite soziale Mindeststandards einschließlich gesetzlicher Mindestlöhne, armutsfeste Sozialsysteme, kostenlose Bildung, Ausbildung und Erststudium für alle, ein würdevolles Leben im Alter.

Eine gemeinsame europäische Energiepolitik ist notwendig, nicht aber die Privatisierung der Energiemärkte. Es muss den kommunalen, regionalen und nationalen Entscheidungen überlassen bleiben, welche Eigentumsformen gewählt werden, um ihrem Auftrag, den Bürgerinnen und Bürgern allzeit und überall sichere und bezahlbare Energie bereit zu stellen, nachzukommen. Notwendig sind dazu insbesondere Entwicklung zu mehr Energieeffizienz, Konzentration auf den Ausbau erneuerbarer Energien, Verzicht auf Atomenergie, Erhalt und Verbesserung der Umwelt, d.h. eine in jeder Hinsicht sichere Energieversorgung.

Die Interessen der Menschen in der EU werden nicht am Hindukusch vertreten. Nationale, europäische und internationale Sicherheit hängt in erster Linie davon ab, allen Menschen auf dieser Welt eine Lebensperspektive zu geben. Dazu werden nicht immer mehr Waffen benötigt, sondern immer weniger, dafür aber mehr Entwicklungshilfe, eine faire Handelspolitik, die die Märkte für die Entwicklungsländer öffnet und eine Energieaußenpolitik, die auf jegliche militärische und kolonialistische Komponente verzichtet.

Was macht die Linke während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft?

Ziel und Aufgabe der Linkspartei.PDS und der neuen Linken sollte es sein, der Propaganda von der »beispiellosen Erfolgs-

geschichte« des neoliberalen EU-Modells und dem daraus abgeleiteten »Weiter so« durch die deutsche Ratspräsidentschaft unsere Einschätzung der bisherigen Entwicklung der EU und unsere Alternativen für eine demokratische, sozial und ökologisch nachhaltige, friedliche und emanzipatorische Europäische Union entgegen zu setzen.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft ist für uns Anlass, in dieser Zeit verstärkt europapolitische Probleme in den Mittelpunkt unserer Arbeit zu stellen und unsere alternativen Vorstellungen bekannter zu machen. Unsere alternativen Schwerpunkte sind Arbeit, Frieden und Demokratie in Europa.

Wir nutzen die vielen in Deutschland stattfindenden Veranstaltungen während der EU-Präsidentschaft, um als Linkspartei unserer Forderung nach einem Kurswechsel in der Europapolitik vor Ort Nachdruck zu verleihen. Dabei konzentrieren wir uns besonders auf die 14 in Deutschland stattfindenden Informellen Räte und die dazu am gleichen Ort veranstalteten Bürgerfeste.

Die Linke hat konkrete Vorschläge für eine friedliche Außen- und Sicherheitspolitik, und setzt auf einen sehr bewussten Widerstand gegen rechtsextreme und populistische Kräfte hierzulande, die das europäische Zusammenleben vergiftenden Ansichten verbreiten. Es lohnt – im Wissen um europäischen Zusammenhänge – sich selbst einzubringen gegen Sozial- und Lohndumping, gegen Steuerdumping und für eine lebenswerte Umwelt.

Helmut Scholz ist Mitglied im Vorstand der Europäischen Linkspartei sowie im Vorstand der Linkspartei.PDS.

Termine (zur Wahl)

Für starke Kommunen demokratisch, sozial gerecht, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltig

Der Landesverband der Linkspartei.PDS lädt in Vorbereitung der Kommunalwahlen am 22. April 2007 in Sachsen-Anhalt ein zum

Wahlkampfauftakt am Sonnabend, dem 10. März 2007 von 11.00 Uhr bis 13.00 Uhr in Blankenburg, Berghotel Vogelherd.

TAGUNGSORT:

Berghotel Vogelherd
Am Vogelherd 10
38889 Blankenburg/Harz
Telefon 03944 / 9260
Fax 03944 / 365035

und zur

Außerordentlichen 6. Tagung des 9. Landesparteitages der Linkspartei.PDS Landesverband Sachsen-Anhalt

am Sonnabend, dem 10. März 2007
von 13.30 bis 14.30 Uhr
in Blankenburg, Berghotel Vogelherd.

Kommunaltour der Landtagsfraktion der Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt

Vom **12. März bis zum 27. März 2007** führt die Fraktion der Linkspartei.PDS ihre traditionelle Kommunaltour in Sachsen-Anhalt durch. Die Abgeordneten machen u.a. Station in Haldensleben, Droyßig, Weißenfels, Bad Schmiedeberg, Dessau, in der Lutherstadt Wittenberg und im Mansfelder Land. In Gesprächen und Begegnungen mit den örtlichen Fachleuten und Lokalpolitikern wird es bsw. um das Konzept der Bürgerarbeit, den Erhalt des ÖPNV, Sachsen-Anhalt als Forschungsstandort und die Zukunft der Museumslandschaft im Zusammenhang mit der Kreisgebietsreform gehen. Eine Öffentliche Fraktions-sitzung der Landtagsabgeordneten der Linkspartei.PDS findet am 27. März 2007 in Dessau statt.

*Aktuelle Informationen folgen unter:
www.linksfraktion-lsa.de*

Internationaler Frauentag, Veranstaltung der Linkspartei.PDS-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt:

Frauen gibt es allerorten, FrauenOrte gibt es in Sachsen-Anhalt dank des FrauenOrte e.V. Gemeinsam wollen wir die ersten Parlamentarierinnen in Sachsen-Anhalt würdigen. 13 Frauen aus unserer Region wirkten in der Zeit von 1921 bis 1933 im Provinziallandtag Anhalt mit seinem Sitz im Ständehaus Merseburg. Den Internationalen Frauentag nimmt die Fraktion der Linkspartei.PDS zum Anlass, eine Patenschaft für diesen noch zu schaffenden FrauenOrt zu übernehmen. Gemeinsam mit dem FrauenOrte e.V. Sachsen-Anhalt wollen wir das Ständehaus Merseburg als Sitz des ehemaligen Provinziallandtags als FrauenOrt kenntlich machen. Wir beginnen in diesem Jahr mit der Recherche, um 2008, 90 Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechts, den FrauenOrt in Merseburg einzuweihen. Um dieses Vorhaben gebührend zu feiern, laden wir Sie und Euch zu unserer Frauentagsfeier, u.a. zu französischer Musik mit »Le Soleil«, am 08. März 2007, herzlich ein.

Donnerstag, 08. März 2007 um 19.00 Uhr

Landtagsrestaurant im Landtag
von Sachsen-Anhalt
Domplatz 6-9
Magdeburg



Täterinnen

»Frauen als Täterinnen und Mittäterinnen im Nationalsozialismus« dokumentiert die 5. Tagung der Frauen- und Geschlechterforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, die 2006 im Zeichen des 60. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus stand.

Der Protokollband widmet sich einem immer noch defizitären Forschungsbereich, dem der individuellen und strukturellen Verantwortung von Frauen während des Nationalsozialismus. Der männlich dominierte Eliten-, Macht- und Militärbereich versperrt bis heute die Wahrnehmung von Frauen als Täterinnen und Verantwortungsträgerinnen. Lange wurde aus der biologistisch abgeleiteten Bestimmung der Frau, vor allem als Mutter und Ehefrau, eine pauschale Unterdrückung und Diskriminierung im Nationalsozialismus abgeleitet. Die feministische Frauenforschung übernahm diese Opferperspektive zunächst. Erst in den 1980er Jahren setzte sich eine andere Wahrnehmung durch, die auch aufgrund der sozial- und alltagsgeschichtlichen Perspektive möglich war. Neben der Propaganda der militärisch und rassistisch aufgeladenen Mutterrolle gab es für Frauen ein breites Spektrum offener und selbstgewählter Berufsbilder und Betätigungsfelder. Besonders mit Blick auf die aktive Rolle in »Fürsorge- und Pflegeberufen« oder die unterstützende Rolle als Funktionsträgerinnen und Ehefrauen der SS und der Nazis erschienen nun Forschungsarbeiten zur »Mittäterinnen-schaft«.

Doch auch der Begriff der Mittäterschaft ist immer komplementär gemeint und steht in logischer Nähe zum Begriff des Mitläufertums. Und dieser wird in der öffentlichen Diskussion weniger erklärend als entschuldigend verwendet. Männer und Frauen bildeten die »Volksgemeinschaft« des Deutschen Reiches, waren gemeinsam Akteure eines totalitären Systems. Insofern ist es unverständlich, sich der Täterinnenbezeichnung zu verwehren. Dennoch macht es Sinn, die Rolle von Frauen differenziert zu betrachten, da der Ort und der Einfluss auf Leben und Tod im nationalsozialistischen Morden für Frauen und Männer höchst unterschiedlich waren und nur in einigen Fällen zusammenfallen konnten. Die Herausgeberinnen Viola Schubert-Lehnhardt und Sylvia Korch haben Autorinnen gewonnen, deren Beiträge einen an-

spruchsvollen Bogen spannen. Die Professorin Christina Thürmer-Rohr von der TU Berlin beginnt die Tagung mit der Problematisierung identitätsstiftender Ansätze in der feministischen Forschung. Ihr Beitrag umreißt die Etappen des »Historikerinnenstreits« und das Verhältnis von Frauen- und Geschichtsforschung. Im Weiteren stellt sie die Gruppen vor, in denen Frauen im Sinne der rassistischen und antisemitischen Ideologie tätig waren. Dabei werden verschiedene Handlungsebenen angesprochen, deren mörderische Konsequenz nur durch das Zusammenwirken aller Bereiche möglich war. Thürmer-Rohr kategorisiert u.a. Gruppen der Vordenkerinnen und SS-Angehörigen, »Krankenpflegerinnen und Pädagoginnen« sowie Handlungsebenen der Mütterlichkeit und des Denunziantentums. Nach dieser gelungenen Überblicksdarstellung folgen die Einzeldarstellungen zu Personen und Täterinnengruppen.

Um den Zusammenhang von völkischer Aufwertung und rassistischem Ausschluss gruppieren sich die Beiträge zum sozialpolitischen Diskurs über »Asozialität« (Christa Schikorra) und die Rolle des medizinischen Personals an der »Erb- und Rassenpflege« im Regierungsbezirk Merseburg (Christel Gibas). Frauen stützten den expandierenden Kontroll-, Gesundheits- und Betreuungsbereich im »Dritten Reich«, der ihnen trotz der klassischen und propagierten Rollenzuweisung massenhaft berufliche Chancen bot.

Der Beitrag von Sybille Gerstengarbe über die Genetikerin Paula Hertwig löste, laut Einleitungstext eine Diskussion über Schuld in totalitären Systemen aus. Dies mag als Hinweis gelten, wie schwierig uns die Einordnung von Täterschaft fällt, die sich nicht an den strafbewährten Merkmalen von Mord und Totschlag messen kann. Im Fall der an den Experimenten im KZ Ravensbrück beteiligten Ärztin Herta Oberheuser, der einzigen in Nürnberg verurteilten Frau, wird das Moment des geschlechtsspezifischen Entschuldungsversuchs dieser Täterin untersucht. Analog zur zeitgenössischen Zuweisung für Frauen als machtferne Akteurinnen, bezeichnete sich Oberheuser selbst lediglich als dienende Hilfskraft, die auch nicht den tödlichen Verlauf der Experimente hätte absehen können. Die Osteuropa-Wissenschaftlerin Silvija Kavčič kommt dagegen zu dem Schluss, der in der Täterforschung mit den

Arbeiten von Ulrich Herbert und Michael Wildt eindrücklich belegt ist, dass junge Akademiker sehr karriereorientiert die Möglichkeiten der »neuen Zeit« mit aller Konsequenz und Überzeugung für sich nutzen.

Ein dritter Komplex beschäftigt sich mit den Selbsteugnissen von weiblichem SS-Personal im KZ Außenlager Arado-Flugzeugwerke (Lavern Wolfram) in Ravensbrück und Auschwitz (Jeanette Toussaint) und bei der Gestapo (Elisabeth Kohlhaas). Gemeinsam ist den Arbeiten der Beleg, dass ehemalige Täterinnen »alle Formen der Verdeckung, des Ausblendens« und des Verschleierns nutzen, um das Geschehen für sich zu negieren. Der eigene Anteil am Geschehen wird verharmlost, eine eigene Opferrolle stilisiert.

Dabei nahmen Frauen ihren festen Platz im Apparat ein, ohne die dieser nicht funktioniert hätte (Kohlhaas). Dies gilt für Männer und Frauen gleichermaßen, auch wenn Frauen zumeist in nachgeordneten Bereichen tätig waren. Christina Thürmer-Rohr macht bereits im Eröffnungsvortrag deutlich, »dass die Gesamttat der Vernichtung auf ein Heer unscheinbarer, ganz normaler Männer und Frauen angewiesen war, die das Werk gemeinschaftlich vollbracht haben«.

Schon diese Aussagen im Zusammenhang mit Hannah Arendts Typologie des Verbrechers im Nationalsozialismus und die folgende Abgrenzung der Täter- von der Opferdefinition machen den Protokollband zur Empfehlung. Der geschlechtsspezifische Blick von »Frauen als Täterinnen...« eröffnet neue Perspektiven.

Für die Leserin und den Leser rückt die Totalität der damaligen Gesellschaft zusammen. Stereotypen werden ebenso wenig bestätigt, wie die Tatbeteiligung von Frauen beschönigt wird. Die Interviews mit den Nachkommen der Aufseherinnen von Ravensbrück (Toussaint) bestätigen, wie begrenzt der Begriff der Aufarbeitung für die individuelle und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus war und ist.

|Anke Lohmann



Viola Schubert-Lehnhardt und Sylvia Korch: Frauen als Täterinnen und Mittäterinnen im Nationalsozialismus. Gestaltungsspielräume und Handlungsmöglichkeiten. Beiträge zum 5. Tag der Frauen- und Geschlechterforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle (Saale) 2006.

Warnschuss für Lok Leipzig

Das sportliche Resultat der Pokalpartie am 10. Februar zwischen Lok Leipzig und Aue II fiel klar aus und war letztlich nur Nebensache. Während die Auer nach einem 3:0-Sieg den Bus bestiegen, lieferten sich 800 gewaltbereite LOK-Fans eine Straßenschlacht mit den 300 Ordnungskräften.

■ Bereits kurz nach dem Anpfiff des Spiels zündeten Fans beider Lager Rauchbomben, warfen Bengalfackeln und beschossen sich mit Leuchtschmuckmunition. Anwesende Lok-Fans schmähten den Gegner durch das Skandieren von »Juden-Aue« und »Aue und Chemie – Judenkompanie!« Im Laufe der zweiten Halbzeit eskalierte die Situation. Beide Fanblöcke trennte nur noch ein 20 Meter breiter Pufferblock und die darin postierten Polizisten. Das Spiel wurde für eine Viertelstunde unterbrochen, das Stadion versank im Rauch. Nach dem Einsatz von Tränengas durch die Polizei konnte das Spiel fortgesetzt werden. Danach folgten die schlimmsten Fußball-Randale der letzten Jahre. Die frustrierten Heimfans griffen vor dem Stadion die Polizei mit Pflastersteinen, Zaunlatten und Rauchbomben an. Ein Zivilpolizist wehrte sich durch einen Warnschuss vor seinen Angreifern, ein weiterer Beamter wurde mit



einer Schreckschusspistole angegriffen. Am Ende waren 36 Polizeibeamte und sechs Zivilisten verletzt, 21 Fahrzeuge beschädigt und ein Sachschaden von rund 70.000 Euro entstanden.

Die Liste der Zwischenfälle von Lokomotive Leipzig ist lang. Der 2004 wiedergegründete Verein erbte nicht nur eine lange Fußballtradition vom insolventen VfB Leipzig sondern auch eine Vielzahl an Hooligans und eine Anhängerschaft, die zum Teil der rechten Szene angehört. Mit 150 Personen führt Lok die Tabelle der registrierten Hooligans vor Dynamo Dresden (100) und dem Chemnitzer FC (80) im Freistaat an. Immer wieder kommt es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, so randalierten zum Beispiel am 26. November 2005 Lok-Fans in Wurzen. Dabei wurden 18 Beamte verletzt.

Neben dem Potential an Gewalt ist der rechte Lifestyle im Stadion signifikant. Die Fans tragen rechte Modemarken wie »Thor Steinar« oder Pullover mit einem Reichsadler, der auf einem LOK-Logo anstatt einem Hakenkreuz thront, ein klarer Verweis auf die rechten Einstellungsmuster ihrer Träger. Dieses Klientel war am 5. Februar 2006 dafür verantwortlich, dass ein aus 30 Personen gebildetes Hakenkreuz für bundesweite Schlagzeilen sorgte. Auf der Suche nach den Ursachen der Gewalt sieht Udo Überschar, Mitarbeiter des Leipziger Fanprojektes, soziale Aspekte im Vordergrund stehen. Die durch Arbeitslosigkeit entstehende Perspektivlosigkeit und soziale Unsicherheit seien Faktoren für die Gewaltaffinität innerhalb der Fan-Kultur. Dem stehen die Biographien der bislang ermittelten Gewalttäter gegenüber, die gänzlich in Ausbildungs- oder Berufverhältnissen stehen. Auch das Bild

des unreifen Jugendtäters kann der Realität nicht standhalten. Viele Randalierer waren über dreißig. Hier kämpft nicht der durchgeknallte gesellschaftliche Rand gegen die Staatsmacht. Die in Abständen auftretenden Zivilisationsbrüche sind eher als symbolische Indikatoren über den Zustand einer Gesellschaft zu bewerten. Einer Gesellschaft, die in ihrer Mitte ein hohes Maß an Fremdenfeindlichkeit und sozialdarwinistischen Einstellungen aufweist. Ebenfalls hat sich gerade unter den jugendlichen Ultras aufgrund der jahrelangen Repression durch die Polizei ein erhebliches Aggressionspotential entwickelt, welches die Intensität der Auseinandersetzungen mit erklären könnte.

Als erste Reaktion verfügte der Sächsische Fußballverband eine Spielabsage für 60 Partien – ein Ausdruck der Solidarität mit den verletzten Beamten. Diese bislang einzigartige symbolische Aktion muss der Startpunkt einer offensiven Kampagne des Verbandes sein. Ein »Konzept Sport und Gewalt in Sachsen«, das gemeinsam mit dem Landessportbund Sachsen erarbeitet wurde, liegt in der Schublade und bedarf einer strikten Umsetzung. Die Verbände wollen »gegen Fremdenhass, Intoleranz und Gewalt innerhalb und im Umfeld des Sportes vorgehen.« Fanprojekte sollen gestärkt, die Zusammenarbeit mit den Sicherheitskräften besser koordiniert, Multiplikatoren des Sports besser geschult und die Vereine zur Übernahme von mehr Verantwortung für ihre Fans motiviert werden.

Die Fanprojekte wiederum können mittelfristig ein wichtiger Baustein in der Bekämpfung von Gewalt und Rassismus sein. Durch die Weigerung des Freistaates, seinen Anteil an der Drittelfinanzierung für das Leipziger Fanprojekt zu leisten, konnte bislang nur ein Sozialarbeiter eingestellt werden. Dieser war für die Fans der untereinander verfeindeten Leipziger Fußballvereine verantwortlich. Dadurch war eine sinnvolle Jugendarbeit, die demokratische und gewaltfreie Werte vermittelt, nicht gewährleistet.

Der Verein Lok Leipzig steht am Scheideweg. Ein weiteres Bagatellisieren und halberziges Vorgehen werden die Verantwortlichen nicht länger dulden. Lok steht in der Verantwortung, die rechte und gewalttätige Mehrheitskultur unter den Fans zu bekämpfen. Einen weiteren Warnschuss wird es nicht geben.

Adam Bednarsky bearbeitet in seiner Magisterarbeit das Thema Fußball und Gewalt.

Vergessenes Land?

Zuletzt war im September vergangenen Jahres so richtig laut von Ostdeutschland und den Ostdeutschen die Rede. Die hatten bei den Wahlen in Berlin die Linkspartei.PDS abgestraft – und in Mecklenburg-Vorpommern die NPD in den Landtag gehievt.

■ Dabei war 2006 auch das Tauziehen um die für den Korb II des Solidarpaktes zugesagten Mittel endlich beendet worden; sie können jetzt eingeplant werden. Eine politische Herausforderung – die soziale Spaltung zwischen Ost und West ist schließlich nach wie vor eklatant groß. Die Ebert-Stiftung hat dies mit ihren Zahlen zum „abgehängten Prekariat“ – vier Prozent im Westen, 20 Prozent im Osten – drastisch belegt. Das Problem der mentalen Spaltung aber reicht weiter: Laut infratest hat im Osten die Hälfte der Bevölkerung Angst, selbst in Armut zu fallen – im Westen hingegen sind fast zwei Drittel sicher, dass ihnen das nicht geschehen kann. So hält auch das »Sonderbewusstsein Ost« an: 71 Prozent der Ostdeutschen sehen sich ihres Ostdeutsch-Seins wegen als benachteiligt gegenüber anderen sozialen Gruppen in Deutschland.

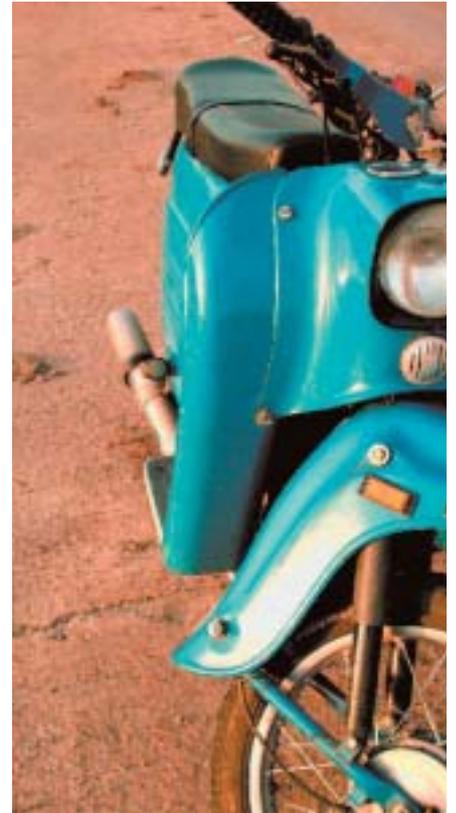
Dazu kommt die Erosion des inoffiziellen ostdeutschen Vereinigungsmythos von der Synthese des »Guten« beider Nachkriegs-Systeme im Rahmen des »rheinischen Kapitalismus«. Die PDS hat an diesen Mythos von 1989/90 bis Ende der 90er Jahre geschickt angeknüpft. Doch die politischen und ökonomischen Entwicklungen der Nachwendezeit generell wie auch die begrenzten Möglichkeiten der Linken in Opposition wie Regierungsverantwortung haben den Mythos selbst in Frage gestellt. Je stärker er sich auflöst, je größer die individuelle Enttäuschung darüber und je geringer verbreitet das Verständnis von der Notwendigkeit längerfristiger, demokratisch-sozialistisch orientierter Transformationsprozesse, desto größer auch die Anfälligkeit vieler für Rechtsextremismus und -populismus.

Für die Sorgen, Befürchtungen und Frustrationen im Osten gibt es reale Gründe – doch diese differenzieren sich zunehmend. Die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland bleibt seit 1997 hinter der westdeutschen zurück – »vor allem aber ist eine Fragmentierung zu beobach-

ten«, betont Rainer Land und verweist auf »eine zunehmende Divergenz zwischen einer Reihe hochmoderner, produktiver und meist ertragreicher Unternehmen, die in überregionalen Produktionszusammenhängen agieren und ihre Produkte auf den Weltmärkten absetzen, und einer Mehrheit von Unternehmen, die auf regionalen Märkten agieren, Produkte und Dienstleistungen anbieten, die lokal nachgefragt werden und die nur lokal konsumiert und produziert werden können.«

Hinzu kommt eine neue regionale Differenzierung – über den klassischen Ost-West-Gegensatz hinweg. In der EU-Statistik liegt erstmals eine westdeutsche Region – Lüneburg – beim BIP je Einwohner unter den besten ostdeutschen Regionen Dresden und Leipzig. In einigen westdeutschen Gebieten liegen die Arbeitslosenquoten bereits seit längerem ähnlich hoch wie im ostdeutschen Durchschnitt. Der Parteivorstand der Linkspartei.PDS knüpft daran an und orientiert nun auf »politische Konzepte für regionale Entwicklung ..., die sowohl im Westen als auch im Osten Deutschlands wirksam sein können«. Dabei beruft er sich auch darauf, dass in der eigenen Partei tatsächlich länderspezifische Entwicklungskonzepte an Gewicht gewonnen haben – 2004 »Aleksa« in Sachsen, dann »Sachsen-Anhalt 2020« von Wulf Gallert, jetzt das Leitbild »Für ein zukunftsfähiges und solidarisches Brandenburg«.

In der politischen Interessenvertretung vollzieht sich unabhängig davon ein – noch ungesteuerter – viel radikalerer Wandel. Seit 2005 wird die Linkspartei.PDS vor allem als bundespolitisches Phänomen wahrgenommen – mit bundespolitischen Themen, gesetzt von bundespolitischen Akteuren mit vor allem westdeutschem Erfahrungshintergrund und klassisch linken Ansätzen. Sie rückt die Verlierer von Globalisierung und Modernisierung sowie die Notwendigkeit von Solidarität und so-



zialem Ausgleich ins Zentrum der eigenen Politik und zunehmend auch der öffentlichen Debatten. Die gesellschaftliche Legitimation der Partei (gemeint ist hier die gesellschaftlich dominierende Deutung zur Existenzberechtigung einer Partei – unabhängig von individueller Unterstützung oder Ablehnung ihres Programms) wandelt sich: Sie wird nicht mehr zuerst als die Interessenvertreterin der Ostdeutschen verstanden, sondern als parteipolitischer Konkurrent um die Vertretung eben der Verlierer von Globalisierung und Modernisierung.

Ein Großteil, aber nicht alle erreichbaren Ostdeutschen sind dabei zwar der Sache nach angesprochen – nicht aber in ihrem Selbstverständnis, »ostdeutsch« zu sein. Die Kunst der neuen Partei wird darin bestehen, diesen Menschen wieder politisch, nicht folkloristisch (!) eine Perspektive und eine Heimat zu geben – jetzt, nicht irgendwann. Die Sozialdemokraten jedenfalls haben in den letzten Monaten mehrfach versucht, hier Terrain zu gewinnen. Ostdeutschland ist nur scheinbar ein vergessenes Land; der Wettlauf um den bestimmenden Einfluss hat neu begonnen. Es wird Zeit, dass wir starten.



Dr. Thomas Falkner

ist Journalist und langjähriger Politikberater der Linkspartei.PDS.

Odo von Aktenrath

Abgeordneter

Lieber, sehr geehrter Ete,

wahrlich, die Zeiten, die Ereignisse sind manchmal verwirrend. Unser verehrter Herr Ministerpräsident ist für Überraschungen immer wieder gut. Da ergreift er – für viele von uns etwas unerwartet – in einer Debatte zur Bürgerarbeit das Wort und bescheinigt der PDS, sie habe seit der ersten Legislaturperiode immer wieder versucht, auch durch alternative Vorschläge Bewegung in den Arbeitsmarkt zu bringen. Setzt dann auch noch hinzu: »Ich habe gelernt, dass dieses Problem im 21. Jahrhundert nicht gelöst werden kann, wenn wir uns hinstellen und sagen, wir brauchen Wachstum, Wachstum, Wachstum, Wachstum!« Ich behaupte nun ausdrücklich nicht, er habe Unrecht. Allein – für manche von uns ist dies eine schwer verdaulich Kost. In der Sache selbst wie in der Verbeugung vor den Linken. Und es geht ja noch weiter. Seit geraumer Zeit jagt ein Interview unseres verehrten Herrn Ministerpräsident das nächste, der Grundtenor immer derselbe: »Einseitige Fokussierung der Sicht auf 40 Jahre Stasi und SED-Diktatur in der DDR.« Da konnte der Aufschrei nicht ausbleiben. In den eigenen Reihen geriet er eher verhalten und leise, mehr nach innen ... Bei anderen hagelte es lautstarken und wortgewaltigen Protest. Er wurde gar der Kolportierung einer »Propagandalüge« geziehen. Nun beeindruckt derlei unseren alten Herrn wenig, er müsse sich nicht über die DDR belehren lassen, so konterte er, bescheinigte seinen Kritikern zudem mutwilliges Missverstehen. Alles in Ordnung, ich vermag ihm da vom Inhalt so grundsätzlich nicht zu widersprechen. Und dennoch wünschte ich mir, er trüge der Wirkung seiner Worte ein wenig mehr Rechnung. Die Situation bei uns ist ja insgesamt nicht gar so rosig, ob ich nun nach Berlin, nach München oder nach Nordrhein-Westfalen schaue. Und dessen eingedenk wäre es wünschenswert, der Herr Ministerpräsident dächte bei seinen Äußerungen ein wenig intensiver an die eigenen Reihen. Hier schafft er einiges an Verwirrung, was nach den Jahren seit 1990 auch so verwunderlich nicht sein kann. Gar zu oft wurde von uns das Thema DDR etwas eindimensional reflektiert, nicht selten mit starken Worten. Und nun sollen wir auf dem Absatz kehrt machen, das geht so leicht nicht. In meinen Augen ist das Agieren des alten Herrn in dieser Sache ausgesprochen scharfsinnig und weitsich-

tig. Er scheint sehr wohl begriffen zu haben, was in den Leuten hierzulande vorgeht, wie ihr Alltagserleben seit der sogenannten Wende ihren Blick auf die Vergangenheit bestimmt. Und an die wendet er sich, die will er zurückholen in die Wählerschar unserer Volkspartei. Wenn er feststellt, dass für sehr viele beginnende Demokratie mit andauernder Arbeitslosigkeit verbunden war, so trifft er wohl den Nerv der Volksseele. Da spielt er ganz intelligent mit seinem Charisma, er weiß, diese Töne werden verstanden, und sie werden ihm ganz persönlich abgenommen. Er ist der Landesvater, der die Sorgen, die Nöte der kleinen Leute kennt. Das ist eigentlich ein grandioser Werbeblock für uns, nur müssen die eigenen Leute ihn eben auch verstehen und vor allem weiter tragen. Hinzu kommt ja noch, dass er den Linken mit der ganzen Sache gekonnt das Wasser abgräbt, wildert er doch auf einem ihrer ureigensten Felder. Viele von denen und ihre Wählern machen ja eine Menge mit, aber ihre DDR lassen sie sich denn doch nicht so gänzlich vermiesen. Und wenn er ihnen dann noch bescheinigt, dass all ihre vermeintlichen Rezepte und auch ihre schöne DDR ja wohl gut gemeint wären, nur im wirklichen Leben eben nicht funktionierten, dann hat der alte Herr ganz gute Karten in der Hand. Aber genug davon. Den Haushalt – ich schrieb Ihnen davon – haben wir mit Anstand über die Bühne gebracht, und damit sind ein paar nicht unwichtige Weichen gestellt. Dennoch bleibt so eine aufgezwungene Koalition ein unerquicklich' Brot. Da stellt sich die Gesundheitspolitikerin unserer kleinen Partnerin hin und empfiehlt Stimmenthaltung zur Gesundheitsreform im Bundesrat, und die Frau Sozialministerin muss es richten und klare Zustimmung ansagen. Na, das können die beiden innerparteilich klären. Mit diesem Modethema Nichtraucherschutz geht es ganz ähnlich, die Frau Sozialministerin würde das Rauchen wahrscheinlich auch noch im heimischen Keller verbieten, so sie es denn könnte. Da muss dann der Herr Ministerpräsident in die Bresche springen und des Lebens Realitäten freundlich aber bestimmt ins Gedächtnis zurück rufen. Sie sehen, mein Lieber – es wird nicht langweilig!

In freundlicher Verbundenheit
Ihr v. Aktenrath

Termine

Landesvorstand / Partei

10. März 2007, 11.00 – 13.00 Uhr

»Für starke Kommunen – demokratisch, sozial gerecht, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltig«

Wahlkampfauftakt Kommunalwahl

in Blankenburg,
Berghotel »Vogelherd«

10. März 2007, 13.30 – 14.30 Uhr

Außerordentliche 6. Tagung des 9. Landesparteitag der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt in Blankenburg
Berghotel »Vogelherd«

17. März 2007, 10.00 Uhr

Landesvorstandssitzung in Halle,
Blumenstraße 16

Am **24./25. März 2007** findet die

2. Tagung des 10. Bundesparteitages

der Linkspartei.PDS in Dortmund statt, auf der die Gründungsdokumente für die Partei *DIE LINKE*. beschlossen werden.

Ab 30. März 2007 bis 18. Mai 2007

findet dazu dann die **Urabstimmung** statt.

3. April 2007, 18.30 Uhr

Landesvorstandssitzung in Magdeburg,
Ebendorfer Straße 3

22. April 2007,

Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt

Bildnachweis

andresr – FOTOLIA (Titel)
Martin Heinlein (Titel-Montage, 4)
Antifaschistisches INFO-Blatt (3)
Uwe Loos (6)
Jenny Schulz (7)
aboutpixel.de (9,13,14)
1afoto – FOTOLIA (11)

